



# Arbeitsblätter für den Jugendgruppenleiter

A 99 - 07245

Herausgeber:  
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL  
für die Bundesrepublik Deutschland  
Vorstand





**Arbeitsblätter  
für den Jugendfunktionär**

---

**Gruppe III**

GERHARD SCHÄFER

# **Deutschlands Nachbar Polen**

---

Herausgeber:

**INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL**

Vorstand · Abteilung Jugend

Der Verfasser dieses Arbeitsblattes ist

**Gerhard Schäfer**

Er wurde 1922 in Kassel geboren und besuchte dort ein humanistisches Gymnasium.

Nach Kriegsende war Gerhard Schäfer zunächst ein Jahr Arbeiter in einer Armaturenfabrik in Kassel. 1946/47 studierte er an der Pädagogischen Hochschule in Bremen. 1947 begann seine Mitarbeit für den Jugendfunk von Radio Bremen sowie an verschiedenen Jugendzeitschriften.

Auf Empfehlung des Bremer Senators für das Bildungswesen wurde Schäfer Anfang 1948 mit dem Aufbau des Schulfunkprogramms bei Radio Bremen beauftragt.

1950 führte ihn eine halbjährige Studienreise in die USA und Kanada, weitere Studienreisen später in die westeuropäischen Länder und nach Skandinavien. Im Frühjahr 1963 bereitete Schäfer zusammen mit dem Intendanten von Radio Bremen und einem Mitarbeiter der Zeitfunk-Abteilung die „Polnische Woche“ des Senders vor. Schäfer reiste dabei mit dem Wagen von Warschau durch Ostpreußen nach Danzig und dann entlang der Ostseeküste nach Stettin, von dort durch die östliche Neumark über Landsberg/Warthe wieder zurück nach Warschau.

Seit dem 1. Januar 1963 ist Gerhard Schäfer Leiter der Hauptabteilung Erziehung bei Radio Bremen. Diese Abteilung umfaßt die Ressorts Schulfunk, Jugendfunk, Kinderfunk, pädagogische Sendungen und Nachwuchsausbildung. Schäfer ist seit vielen Jahren Mitglied der Gewerkschaft Kunst.

## Inhaltsverzeichnis

Warum wir nach Polen fahren?

Die Landesnatur

Geschichte

Polen im Zweiten Weltkrieg

Die heutige Situation als Folge des Zweiten Weltkrieges

Kinder unserer Zeit — Die polnische Jugend

Die jungen Polen — eine Generation junger Realisten

Das Schulwesen

Hochschulen und Universitäten

Die Jugendorganisationen

Die politische Ordnung

Die Staatsorgane

Justizwesen

Kontakte mit dem Ausland

Religion

Die polnische Westverschiebung

Polen unter deutscher Herrschaft

Polens Weg in die Zukunft

Vom Agrarstaat zum Industriestaat

Was man bei einem Besuch in Polen beachten sollte

Zeittafel

Literaturhinweise

## Warum wir nach Polen fahren

„Wer immer sich als Deutscher auf das Gebiet der historischen und menschlichen Beziehungen zwischen dem polnischen und dem eigenen Volke begibt, der betritt vermintes Gelände“, diese bittere, aber realistische Bemerkung stammt von dem oberschlesischen Schriftsteller Hans Lipinski-Gottersdorf, und in der Tat — es gibt heute in Europa kaum sonst zwei Völker, zwischen denen so viele Gegensätze stehen wie zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk. Seit rund vier Jahrzehnten bestehen zwischen den beiden Völkern keine normalen Beziehungen. Die Vorstellungen, die die Polen von den Deutschen und umgekehrt die Deutschen von den Polen haben, beruhen daher mehr auf Vorurteilen als auf sachlichen Informationen. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die Politik der Entspannung, die nun schon seit einiger Zeit in Europa von Ost und West betrieben wird, immer gebieterischer den Abbau solcher Vorurteile verlangt. **Jede politische Verständigung — und sei es auch nur eine solche über den Austausch von Handelsvertretungen — setzt Verstehen voraus. Wer einen anderen Menschen oder ein anderes Volk verstehen will, der muß versuchen, sich so objektiv wie möglich über den Partner, seine Schwierigkeiten und seine Vorzüge zu informieren.**

Wir wissen selbstverständlich, daß kein Mensch zu absoluter Objektivität fähig ist. Politiker sehen die Dinge anders als Wissenschaftler, Unternehmer anders als Gewerkschafter. Wenn man sich ein objektives Urteil bilden will, sollte man zumindest über die Ansichten und Argumente der anderen nachdenken.

Wenn wir als Deutsche heute zu einer Verständigung mit Polen kommen wollen, müssen wir von diesem Land und seiner Bevölkerung mehr wissen. Wir brauchen solide, sachliche Informationen darüber, wie die Menschen in diesem Lande heute leben und was sie anstreben. Wir müssen uns aber auch ohne alle Ressentiments darüber informieren, welche Ursachen die Probleme haben, die heute zwischen den beiden Völkern stehen. Polen und Deutsche sind und bleiben Nachbarn in Europas Mitte. Sie sind auf ein enges Zusammenleben angewiesen, sie können dieses Zusammenleben nicht auf der Vorstellung von ewiger Feindschaft aufbauen.

Wir fahren nach Polen, um uns durch Augenschein davon zu überzeugen, wie die Menschen in diesem Lande leben und um mit ihnen zu sprechen. Wir wollen hören, was sie uns zu sagen haben. Wir wollen feststellen was ist. Wir wollen die Dinge so sehen wie

sie sind und nicht so, wie sie vielleicht der eine oder andere von uns gern sehen möchte.

Es gibt in Deutschland viele Menschen, die glauben, daß einer endgültigen Verständigung mit Polen die Regelung der Grenzverhältnisse voranzugehen habe. In Polen gibt es kaum einen Menschen, der nicht glaubt, daß die jetzigen territorialen Verhältnisse als Folgen des von Hitler entfesselten Krieges und seines Verlaufs nur mit Gewalt zu ändern sind.

Das oberste Prinzip der deutschen Politik muß der Verzicht auf Gewaltanwendung sein. Es ist unsere Aufgabe, unsere polnischen Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß dieses Prinzip nicht nur auf dem Papier steht. Fast alle Polen beschäftigt die Frage, ob in den letzten 18 Jahren wirklich ein neues Deutschland entstanden ist — ein Deutschland, das den Frieden nicht mehr bedroht und um Verständigung nicht nur mit seinen westlichen, sondern auch mit seinen östlichen Nachbarn bemüht ist. Die polnischen Arbeiter beschäftigt die Frage, ob die Solidarität der Werktätigen Europas und der ganzen Welt durch verschiedene Ideologien wirklich zerrissen werden kann. Uns selbst beschäftigt das Problem, eine tragbare Lösung für das Zusammenleben von Menschen verschiedener Überzeugung im Rahmen der modernen Industriegesellschaft zu finden. Wir wollen durch unser Auftreten unseren polnischen Partnern zeigen, daß wir mit ihnen gemeinsam offen und uneingeschränkt bei der Suche nach den Antworten auf diese Fragen zusammenarbeiten wollen.

## Die Landesnatur

Auf dem europäischen Kontinent nimmt Polen eine ausgesprochene Mittellage ein. Das Territorium des heutigen polnischen Staates erstreckt sich zwischen 49°00' und 54°50' nördlicher Breite und 14°07' und 24°08' östlicher Länge. Die Entfernung der polnischen Metropole Warschau von den europäischen Hauptstädten Paris, London, Rom und Moskau beträgt 1200 bis 1800 km. Das Land wird in Süd-Nord-Richtung von mehreren größeren Flüssen durchquert. Die Flußsysteme der in die Ostsee mündenden Ströme Weichsel und Oder sind miteinander verflochten. Im polnischen Teil der Karpathen entspringt der Dnjestr, der zum Schwarzen Meer fließt. Im Norden ist das Land — abgesehen von dem die Ostseeküste begleitenden baltischen Höhenrücken (Kaschubische Schweiz) — flach, nach Süden steigt es bis in das vorkarpathische Mittelgebirge (auf ca. 600 m Höhe) an. Das Riesengebirge (Sudety), Beskiden (Beskidy)

und Tatra (Tatry) erreichen Höhen von 1500 bis fast 2000 m. Das polnische Staatsgebiet hat sich im Laufe der Geschichte sehr oft verändert. Es umfaßt heute 311 730 qkm (Bundesrepublik einschließlich Westberlin 248 451 qkm). Der Größe nach rangiert Polen an 7. Stelle in Europa. Im Norden grenzt das Land an die Ostsee, im Süden mit den Gebirgszügen der Sudeten und Karpathen an die CSSR, im Osten an die UdSSR, im Westen mit den Flüssen Oder und Neiße an Deutschland. Innerhalb dieser Grenzen liegen der frühere Freistaat Danzig, der westliche Teil Ostpreußens, Hinterpommern, ein Teil der Neumark und Schlesien. Diese ehemaligen deutschen Ostgebiete wurden durch das Abkommen von Potsdam 1949 unter polnische Verwaltung gestellt.

Das Vorkriegspolen in den Grenzen von 1939 umfaßte 389 685 qkm und hatte 32,2 Mill. Einwohner. Die Bevölkerungsdichte betrug 83 Einwohner/qkm. Das heutige Polen hat eine Bevölkerung von 30 Mill. Einwohnern. Die Bevölkerungsdichte beträgt 95 Einwohner/qkm. Etwa 7 Millionen Polen wohnen heute westlich der deutsch-polnischen Grenze von 1937 — also in den sogenannten „Oder-Neiße-Gebieten“.

## Geschichte

Die deutsche und die polnische Geschichte waren fast ein Jahrtausend hindurch eng miteinander verzahnt. Allerdings war Polen für die Deutschen immer nur eines unter einer ganzen Reihe von Nachbarvölkern und nur einer von mehreren Nachbarn im Osten, neben denen noch Tschechen und Ungarn, Litauer und Letten, Russen und Rumänen in unmittelbarer Siedlungsgemeinschaft mit Deutschen lebten.

Für die Polen waren die Deutschen eines von einer wesentlich kleineren Zahl von Nachbarvölkern und noch dazu der einzige westliche Nachbar. Die Polen erlebten die Deutschen durch die weitverzweigte deutsche Siedlung immer wieder als Mitbürger in ihrem eigenen Land. Es gab kaum einen Polen, der nicht wenigstens einen Deutschen kannte, lange bevor im ersten Weltkrieg deutsche Soldaten ganz Polen besetzten. Im Laufe der langen gemeinsamen Geschichte hat es zwischen Deutschen und Polen viel längere Perioden friedlichen Zusammenlebens als Zeiten kriegerischer Auseinandersetzung gegeben. Erst im 20. Jahrhundert hat sich das grundlegend geändert. Das mittelalterliche Polen war eine Adelsrepublik. Der Adel (Schlachta) bezog seine Einkünfte aus der Landwirtschaft. Er behauptete seine Stellung gegenüber den Königen bis in die beginnende

Neuzeit hinein und verhinderte das Entstehen einer absolutistischen Regierungsform. Zu den eigentlichen Zentren der staatlichen Existenz wurden so die großen und kleinen Landgüter der Adelsfamilien. Nur das konnte im Land Gesetz werden, was von der Schlächta gutgeheißen wurde. Gegen die modern organisierten Militärstaaten, die in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus entstanden, und die machtpolitischen Tendenzen, die von diesen Staaten verfochten wurden (Preußen, Österreich, Rußland), konnte sich der polnische Staat, der auf der freiwilligen Einordnung der einzelnen Adelsfamilien in das Ganze beruhte, natürlich nicht behaupten. Das zaristische Rußland löste Polen als Vormacht im Osten ab und gewann immer stärkeren Einfluß auf die polnischen Angelegenheiten selbst. Die entscheidenden Einschnitte in der jüngeren polnischen Geschichte sind die sogenannten Teilungen des Landes. Über die erste Teilung Polens einigten sich im Jahre 1773 die Höfe von Petersburg, Wien und Berlin. Gegen die ungeheuerlich erscheinende Aufteilung eines Nachbarstaates wehrte sich allein die österreichische Kaiserin Maria Theresia. Sie konnte sich aber gegen ihre Ratgeber nicht durchsetzen, die meinten, daß Österreich eine Vergrößerung Rußlands und Preußens ohne eine Erweiterung seines eigenen Besitzstandes unmöglich hinnehmen könne.

An den Rand des Teilungsvertrages schrieb die Kaiserin: „Genehmigt, weil so viele große und gelehrte Männer es wollen; wenn ich aber schon längst tot bin, wird man erfahren, was aus dieser Verletzung von allem, was bisher heilig und gerecht war, hervorgehen wird.“

Friedrich der Große erklärte nach der Teilung: „Wir wollen hier die Rechte der drei Mächte nicht umständlich erörtern. Es war in der Tat ein sonderbarer Zusammenfluß von Umständen nötig, um die Gemüter bis dahin zu leiten und sie über diese Teilung zu vereinigen, durch welche allein ein allgemeiner Krieg zu vermeiden war.“

Durch den Teilungsvertrag fielen 92 000 qkm mit 2,6 Millionen Einwohnern an Rußland. An Preußen fielen 36 000 qkm mit 580 000 Einwohnern. Österreich erhielt 83 000 qkm mit 1,3 Millionen Einwohnern. Das verbleibende Rest-Polen war noch immer dreimal größer als Preußen, größer als Spanien und fast so groß wie Frankreich. Aber der verstümmelte Staat hatte keinen Zugang mehr zur See.

Zu der zweiten Teilung Polens zwischen Rußland und Preußen kam es im Jahre 1793. Dabei erhielt Preußen Danzig, Thorn, Posen, Gnesen, Kalisch und einen Teil von Masowien.

Am 24. März 1794 brach in Krakau ein Aufstand gegen die Teilungsmächte aus, an dessen Spitze sich der polnische General Kosciuszko



stellte. Mit seinen „Sensenmännern“ — bewaffneten Bauern — versuchte er die regulären Truppen der Teilungsmächte aus dem Land zu vertreiben. Der Kampf dauerte etwa ein halbes Jahr. Am 5. November 1794 mußte Warschau kapitulieren. Wien, Petersburg und Berlin beschloßen, die polnische Frage „definitiv zu lösen“. Im Januar 1796 rückten die Österreicher in Krakau, die Preußen in Warschau ein. Der Fluß Njemen und eine Scheidelinie bis zum Bug trennten jetzt Preußen von Rußland.

Polen hatte als Staat nach dieser dritten Teilung des Landes aufgehört zu existieren. Die polnische Frage beschäftigte allerdings die Politiker Europas auch weiterhin. Napoleon I. gründete 1807 das Großherzogtum Warschau. Der Wiener Kongreß stellte ein verkleinertes Königreich Polen, das der russischen Zarenkrone in Personalunion verbunden wurde, wieder her. Gegen die russische Herrschaft erhoben sich die Polen 1830, 1846 und zuletzt 1863. Alle drei Aufstände wurden niedergeschlagen und die Wiederaufrichtung eines selbständigen polnischen Staates verhindert. Im ersten Weltkrieg wurde Polen zum Schlachtfeld. Polnische Legionäre kämpften an der Seite der Mittelmächte gegen Rußland; polnische Freiwillige fochten auf französischer Seite gegen die Deutschen; Polen dienten als gezogene Soldaten in der kaiserlich russischen Armee.

Für die Wiederherstellung eines polnischen Staates gab es in Wien, Berlin, London und Paris verschiedene Konzepte. Am 5. November 1916 verkündeten der deutsche und der österreichische Kaiser die Gründung eines neuen Königreiches Polen. Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte 1918 schließlich kam es mit Unterstützung der Westmächte zur Gründung einer polnischen Republik, deren Grenzen allerdings noch jahrelang umstritten blieben (Grenzlandkämpfe in Oberschlesien, Volksabstimmungen unter der Kontrolle der Völkerbundstaaten).

Das Deutsche Reich verlor schließlich an Polen die Provinz Posen, den größten Teil Westpreußens, Danzig (das Freistaat wurde) und Ost-Oberschlesien. Die Auseinandersetzungen zwischen dem polnischen Staatsvolk und den beträchtlichen Minoritäten (Deutsche, Ukrainer, Ruthenen usw.) belasteten die Innenpolitik der jungen Republik und waren düstere Vorzeichen für die kommende Entwicklung. Der polnische Nationalstaat stand außenpolitisch vor der fast unlösbaren Aufgabe, sich im Westen mit dem Deutschen Reich und im Osten mit der Sowjetunion arrangieren zu müssen, die sich beide in ihren Interessen durch die Gründung der Republik geschädigt fühlten. 1922 schrieb der Chef der Reichswehr, General von Seeckt, in einer

Denkschrift jenen berühmten Satz, den 38 Jahre später Gomulka in Breslau (Wroclaw) zitieren sollte: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands, es muß verschwinden, und es wird verschwinden...“. Den Nachsatz des deutschen Generals freilich ließ Gomulka aus: „... durch eigene innere Schwäche und durch Rußland mit unserer Hilfe.“

Die polnische Republik von 1918 wurde nur 21 Jahre alt. Sie verschwand 1939 von der Landkarte. Deutschland löschte sie aus mit Unterstützung der von Stalin geführten Sowjetunion.

## **Polen im 2. Weltkrieg**

Das Deutschlandbild der Polen wird noch heute von den grauenhaften Geschehnissen des Jahres 1939 und der folgenden Jahre geprägt. „Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit kann sich kaum eine Vorstellung von dem machen, was in seinem Namen in Polen geschehen ist, zumal es aus der Rückschau einer gesitteten Welt die Vorstellungskraft einfach überschreitet“, schreibt Prof. Werner Markert in der Einleitung zu seinem Osteuropa-Handbuch „Polen“.

Das Land erlitt im zweiten Weltkrieg die relativ höchsten Kriegsverluste: Von 1000 Einwohnern kamen 220 um, in Jugoslawien 108, in Griechenland 70, in der Tschechoslowakei 15, in Großbritannien 8. Sechs Millionen Menschen wurden während der Okkupation getötet, das sind 22 Prozent der Bevölkerung polnischer und jüdischer Nationalität, die am 1. September 1939 innerhalb der damaligen Landesgrenzen wohnte. Davon fielen jedoch nur 644 000 Menschen unmittelbaren Kriegshandlungen zum Opfer. 3,577 Millionen Menschen starben in Vernichtungslagern, durch Hinrichtungen und Liquidierungen, 1,286 Millionen in Gefängnissen und Lagern infolge von Krankheiten, Hunger und Erschöpfung, 521 000 Menschen außerhalb von Lagern infolge Erschöpfung, Verwundung oder Überanstrengung. Unter den Toten waren 7500 Ärzte, 4000 Lehrer, 2650 Priester, 700 Professoren. Die Zahl der Tbc-Kranken hatte bei Kriegsende gegenüber 1945 um 1,14 Millionen zugenommen.

## **Die heutige Situation als Folge des 2. Weltkrieges**

Diese nüchternen Zahlen spiegeln ein ungeheuerliches Geschehen wider, und es ist verständlich, daß die Polen dieses Geschehen nicht vergessen können. In der Vorstellung der meisten Polen gibt es ein zweifaches Deutschland, und zwar nicht so sehr ein in einen

westlichen und in einen östlichen Teil gespaltenes, sondern ein gutes und ein schlechtes Deutschland. Viele Polen haben es bis heute noch nicht verstanden, wie es denn passieren konnte, daß in Deutschland Hitler mit all seinen Folgen an die Macht kam. Sie erwarten von dem Deutschen, der ihr Land besucht, eine Erklärung für dieses Geschehen. Gleichzeitig spüren sie natürlich, daß die gegenwärtige Lage, die Spaltung Deutschlands, ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand ist. Sie wollen deshalb wissen, wie man sich in der Bundesrepublik eine Lösung der Deutschlandfrage vorstellt. Das Problem Deutschland besteht für die Polen heute allein in dem, was die drei Buchstaben NRF symbolisieren: „Niemiecka Republika Federalna“ (Deutsche Bundesrepublik). Von der DDR spricht und schreibt man vergleichsweise selten. Die Bundesrepublik, das mächtige Westdeutschland — heute schon wieder im Besitz der stärksten konventionellen Armee auf dem europäischen Kontinent —, ist „der“ deutsche Gesprächspartner, dem man viel mehr souveräne Entscheidungsfreiheit zuschreibt, als er tatsächlich hat. Auf diesen Partner konzentriert sich das größte Interesse, die stärkste Sorge und das intensivste Mißtrauen. Die Grenze an Oder und Neiße, die jeder Pole als unabdingbar für die nationale Existenz betrachtet, wird von niemandem so eindeutig in Frage gestellt wie von der Bundesrepublik Deutschland — und von niemandem so wirksam garantiert wie von der Sowjetunion.

In den Einwohnern der Bundesrepublik sehen die Polen jene Deutschen, die doch den Krieg politisch, militärisch und moralisch verloren hatten, als Nutznießer des kapitalistischen Wirtschaftswunders. Sie sehen, wie diese Deutschen — tüchtig, aktiv und zielstrebig wie je — wieder wirtschaftliche Macht anhäufen und wie sie wieder in der Weltpolitik mitzureden beginnen. Sie denken daran, daß Polen unter der Okkupation eben dieser Deutschen 38 Prozent des nationalen Vermögens, ein volles Drittel der gesamten Industrie, 35 Prozent des landwirtschaftlichen Vermögens, 50 Prozent der Transportmittel und 62 Prozent der Post- und Telegrafeneinrichtungen verloren hat. Sie denken auch daran, daß während der Zeit der deutschen Besatzung in Polen die Mittel- und Hochschulen geschlossen werden mußten, weil die deutschen Herren der Ansicht waren, für die polnischen „Untermenschen“ genüge es, wenn sie ein klein wenig lesen, ihren Namen schreiben und bis 500 rechnen können. 60 Prozent der polnischen Schulen wurden während der Okkupation zerstört. Das ganze polnische Bildungswesen ging in den Untergrund. Hunderte von Gymnasial- und Hochschullehrern erteilten der jungen Generation

heimlich Unterricht in Kellern und in Waldverstecken, u. a. auch in der deutschen Sprache. Es gab ein Untergrundabitur, das zum Studium an den illegalen Hochschulen berechtigte.

Bemerkenswert ist, daß sich, was das Mißtrauen gegen Deutschland betrifft, die ältere und die jüngere Generation Polens nicht voneinander unterscheidet. „Kann man den Deutschen überhaupt trauen? Es ist mir ganz gleich, ob ein Deutscher aus der DDR oder aus der Bundesrepublik ist — ich traue keinem.“ Solche und ähnliche Stimmen zitierte der Chefredakteur der „Polityka“ 1961 in einem Artikel über das deutsch-polnische Verhältnis. Der Journalist appellierte in diesem Artikel aber auch an seine Landsleute: „Wir werden zwar nie den deutschen Nazismus vergessen und die Verbrechen, die seine Gläubigen in unserem Lande begingen..., aber das darf nicht dazu führen, daß wir jede neue deutsche Generation mit den Verantwortungen für diese Verbrechen belasten, ganz abgesehen davon, was sie selbst zu diesem Thema sagt...“

Als Deutscher in Polen muß man wissen, daß der letzte deutsche Gesprächspartner eines Polen, mit dem man sich unterhält, vielleicht ein SS-Mann oder ein Gestapo-Beamter gewesen ist. Man muß wissen, was auf dem Territorium dieses Landes geschah.

„Man weiß in der Bundesrepublik, daß Hitlers Überfall 6 Millionen Polen das Leben kostete, man hat Filme über die Konzentrationslager und die Ghettos gesehen, aber man kann sich den langen Alltag der Okkupation auch beim besten Willen nicht vorstellen“, berichtet der in Warschau lebende Rundfunkkorrespondent Ludwig Zimmerer. „Es bedarf eines intensiven und unter den gegebenen Umständen für den Deutschen im allgemeinen gar nicht realisierbaren Kontakts mit vielen Polen, wenn man sich auch nur andeutungsweise ein Bild von dem damaligen Geschehen machen will. Ich werde nicht vergessen, wie ich mit einem guten Freund an einem schönen Herbsttag einen Bummel durch Warschau machte; wie mein Begleiter, der mir zuvor nie viel von seinen Erlebnissen während der Okkupation erzählt hatte, plötzlich an einer Straßenecke stehenblieb und mir sagte, daß er an dieser Stelle in eine von der Gestapo veranstaltete Menschenjagd geraten sei, mit vielen anderen zufälligen Leidensgenossen abgeschleppt und, ohne daß seine Häscher gegen ihn eine Anschuldigung vorgebracht hätten, nach Auschwitz transportiert wurde. Sein einziges Vergehen bestand darin, daß er Pole war und an jenem Tage, ebenso wie jetzt mit mir, ein kleinen Spaziengang unternommen hatte. Die Methode dieser Razzien war mir schon aus Büchern

bekannt, aber jetzt sah ich diese Straßenecke, ich hatte eines der Opfer vor mir, ich merkte, wie meinen Freund die Erinnerung an jenen Tag plötzlich überwältigt hatte, wie er vergeblich versuchte, von dieser Erinnerung loszukommen, wie ihm die gegenwärtige Sicherheit und Ruhe mit einem Schlag fragwürdig erschien; und ich verstand durchaus, daß er nun, unruhig und ängstlich geworden, von mir wissen wollte, ob ich wirklich sicher sei, daß sich etwas Ähnliches nie wiederholen könne.

Wenn man in Polen lebt, kann es nicht ausbleiben, daß man dauernd mit dieser bedrückenden Vergangenheit konfrontiert wird. Die von der Bevölkerung immer mit frischen Blumen geschmückten zahlreichen Gedenktafeln in Warschau erinnern an die öffentlichen Exekutionen, die in den Straßen der Hauptstadt vollzogen wurden. Bei einer Rundreise durch das Land stößt man immer wieder unvermutet auf die Massengräber der Erschossenen; in idyllischen alten Kleinstädten erfährt man plötzlich, daß sich auch hier ein berüchtigtes Konzentrationslager befunden hat; man kommt zufällig in Dörfer, von denen man niemals zuvor auch nur den Namen gehört hat, und muß sich sagen lassen, daß hier im Zuge einer sogenannten Pazifizierungsaktion beinahe die ganze Einwohnerschaft ausgerottet wurde. Lidice und Oradour sind längst zum Begriff geworden, aber die Namen der entsprechenden polnischen Dörfer kennt kaum jemand, weil ihrer zu viele sind.“

## **Kinder unserer Zeit — die polnische Jugend**

Das Polen von heute ist eine junge Nation. Es fällt auf, wie vielen jungen Menschen man auf den Straßen der Städte, in den Geschäften und in den Fabriken begegnet. Die geburtenstarken Nachkriegsjahre beginnen eben jetzt ihr selbständiges und berufliches Leben. Deshalb spielt die Jugend auf vielen Gebieten der Wirtschaft und der Wissenschaft eine wichtige Rolle. In einer ganzen Reihe von Industriebetrieben machen die Mitarbeiter bis zum 30. Lebensjahr mehr als die Hälfte der Belegschaft aus. Die Generation der 30- bis 40jährigen, die Krieg und Besatzungszeit noch bewußt miterlebt hat, ist längst arriviert. Sie stellt einen Großteil der Fabrikdirektoren, der leitenden Angestellten in der Verwaltung, der Zeitungsredakteure, der Gewerkschaftsfunktionäre und der Künstler.

Eine 1962 erschienene polnische Publikation begrenzt den Begriff „Jugend“ auf die jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren. Mit 24 Jahren beenden die meisten Studenten die Hochschule und die

meisten jungen Leute den Militärdienst. Es gibt in Polen etwa 4,5 Millionen junge Menschen dieser Altersgruppe — das sind ca. 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ein Drittel der Jugendlichen gehört den Jugendverbänden oder dem Studentenverband an. Die wichtigste Jugendorganisation ist der Verband der sozialistischen Jugend — ZMS. Formell und organisatorisch ist dieser Verband zwar keine „Gliederung“ der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei — also der KP —, aber praktisch ist er doch von der Partei abhängig. Die 700 000 Mitglieder sind zur Hälfte junge Arbeiter. Die andere Hälfte entstammt allen übrigen Kreisen der städtischen Bevölkerung. Die Mitgliedschaft ist völlig freiwillig, jedoch genießen die Mitglieder des Verbandes manche Vorteile in der beruflichen Ausbildung und bei besonderen Veranstaltungen.

Das offizielle Organ des Verbandes der sozialistischen Jugend heißt „Sztandar Młodych“ — „Banner der Jugend“.

„Sztandar Młodych“ wurde 1950 gegründet. Die Zeitung erscheint täglich außer montags in einer Auflage von insgesamt 90 000 Exemplaren und kostet 50 Groschen. Wenn man den offiziellen Umrechnungskurs von 6 Złoty für 1 DM zugrunde legt, sind das noch nicht einmal 10 Pfennige. Das Blatt hat 30 000 Abonnenten, es kommt in drei verschiedenen Ausgaben heraus. Die Ausgabe A ist für Warschau bestimmt, die Ausgabe B für das Land und die Ausgabe C für die Kreisstädte.

In den letzten Jahren hat die Redaktion von „Sztandar Młodych“ unter den Lesern immer wieder breit zugeschnittene soziologische Umfragen veranstaltet. Auf diese Weise versuchte man, die Ansichten und Wünsche der jungen Polen zu sondieren. Gleichzeitig will man durch diese Enqueten die jungen Leute zum Nachdenken über bestimmte Probleme auffordern.

Hier einige Beispiele für die Probleme, die zur Diskussion gestellt wurden:

Glauben Sie, daß es gut wäre, ein Idealist zu sein?

Glauben Sie, daß es notwendig ist, ein Held zu sein?

Wie möchten Sie gern leben — allein oder zusammen mit anderen Menschen?

Welche Musik haben Sie am liebsten?

Welcher Film hat Ihnen am besten gefallen?

Welche Bücher haben den stärksten Eindruck auf Sie gemacht?

Natürlich kann man die Antworten, die die jungen Leser des Blattes auf solche Fragen geben, nicht ohne weiteres verallgemeinern. Wie bei uns zulande, gibt es auch in Polen Leute, die gern Zuschriften an Zeitungen verfassen, oder solche, die sich einfach ihren Ärger vom Herzen schreiben wollen. Aber es ist doch interessant und aufschlußreich, daß ein solches Forum für öffentliche Jugenddiskussionen in diesem Lande existiert. Das ist etwas ganz anderes als die Pseudo-Diskussionen, die unter dem Schlagwort „Kritik und Selbstkritik“ früher von den Stalinisten veranstaltet wurden.

Im vorigen Jahr veröffentlichte „Sztandar Mlodych“ die Ergebnisse einer Umfrage, die lautete:

Was wollen wir in einer Rakete auf den Mars schicken, um die Marsbewohner über den gegenwärtigen Stand unserer Kultur und Zivilisation zu informieren?

Es ist sehr aufschlußreich, wie die jungen Leser von „Sztandar Mlodych“ auf diese Frage reagierten:

Von den literarischen Werken wurde an erster Stelle Ernest Hemingways „Wem die Stunde schlägt“ genannt, von den musikalischen Werken die „Rhapsodie in Blue“ von George Gershwin, von den Filmkunstwerken „Hiroshima, mon amour“, außerdem wurde eine Kopie des Bildes von Pablo Picasso „Krieg und Frieden“ vorgeschlagen, als Beispiel moderner Architektur der Plan der neuen Hauptstadt Brasiliens, Brasilia.

Weiter wurden ausgewählt:

Ein Lebenslauf und ein Bild von Albert Einstein, ein Bild des ersten Weltraumfahrers, Juri Gagarin, ein Modell des sowjetischen Passagierflugzeuges TU 114, eine Ampulle Penicillin; Filmstars: Brigitte Bardot und Gérard Philippe.

Als bedeutendstes geschichtliches Dokument unserer Zeit wurde von den jungen Lesern die Kapitulationsurkunde Nazideutschlands angesehen. Viele Leser schlugen vor, eine zusammenfassende Darstellung der Entwicklung der Volksrepublik Polen in der Nachkriegszeit mit auf den Mars zu schicken.

Das Thema „Der Mensch im 20. Jahrhundert“ sollte durch das Bild eines Mannes illustriert werden, der eine große Fabrik mit Hilfe nur eines Automaten-Knopfes bedient.

## **Die jungen Polen — eine Generation junger Realisten**

Es gab auch einmal eine Umfrage, die darauf abzielte, die Einstellung der heutigen Jugend zum Problem des Heldentums zu

testen. Man kann das Ergebnis vielleicht am besten mit der Feststellung ausdrücken, daß die heutige polnische Jugend einen realistischen Idealismus entwickelt, daß sie nicht in der Aufopferung des eigenen Lebens den Sinn menschlicher Existenz sieht, sondern in der praktischen Arbeit für die Gemeinschaft. Die realistische Tendenz in der Einstellung der polnischen Jugend ist eine wachsende Tendenz; das ist auch durchaus verständlich: denn diese Jugend wächst in einer modernen Industrie-Gesellschaft auf.

Trotzdem träumen die jungen Polen aber — wie man immer wieder in vielen Gesprächen zu hören bekommt — von drei ganz materiellen Dingen:

Von einer eigenen Wohnung,  
von einem Auto und  
von einer Auslandsreise.

Paweł und Zofia, Jerzy und Halina, Tadeusz und Danka wollen wissen, wie die Menschen jenseits der Landesgrenzen in Ost und West leben. Sie wollen mit ihren Altersgenossen aus Rußland und England, aus Bulgarien und Frankreich, aus Deutschland und Amerika zusammenkommen und diskutieren. Der sozialistische polnische Jugendverband ist Mitglied des sogenannten „Weltbundes der demokratischen Jugend“ — einer internationalen kommunistischen Organisation. Aber er hat auch zweiseitige direkte Kontakte zu vielen ausländischen Jugendorganisationen. Im einzelnen sind das insgesamt über 100 ausländische Jugendorganisationen: in Europa, Afrika, Südamerika, Asien und sogar in Australien. Offizielle Kontakte zwischen dem deutschen Bundesjugendring und den polnischen Jugendorganisationen gibt es allerdings noch nicht. Aber dafür gibt es in jedem Jahr mehr inoffizielle Begegnungen zwischen deutschen Jugendgruppen aus der Bundesrepublik und polnischen Jugendlichen. Die jungen Deutschen fahren nach Auschwitz und wollen gleichzeitig das gegenwärtige Antlitz Polens kennenlernen. Sie wollen sich informieren über die ungeheuerlichen Verbrechen, die im Namen Deutschlands auf polnischem Boden von Deutschen begangen wurden. Sie wollen aber auch selbst sehen und hören, wie die Menschen in Polen heute leben und was sie von der Zukunft erwarten.

## Das Schulwesen

Vor dem Krieg gab es in Polen über eine Million schulpflichtige Kinder, die keine Schule besuchten. Rund 25 % der gesamten Bevölkerung im Alter von über 10 Jahren konnten weder lesen noch



schreiben. Während des Krieges wurden in den von Deutschland annektierten Gebieten — z. B. im „Warthegau“ — die polnischen Schulen geschlossen und der Unterricht in polnischer Sprache verboten. Im sogenannten „Generalgouvernement“ war nur der Unterricht in Volks- und Berufsschulen erlaubt. 7600 Schulgebäude wurden im Kriege zerstört, viele tausend Lehrer verloren während der Besatzungszeit ihr Leben. Der polnischen Widerstandsbewegung gelang es, auf konspirativer Grundlage ein geheimes Schulwesen aufzubauen, das alle Arten und Typen von Schulen, von der Grundschule bis zur Hochschule, umfaßte.

Nach dem Krieg mußten die Lehrer zunächst in Bauernhäusern, in Baracken oder im Freien unterrichten. Heute sind die Kriegsschäden überwunden. Es gibt in Polen keine Analphabeten mehr. Das dichte Netz von Grundschulen ermöglicht es jedem Kind, der Schulpflicht nachzukommen. Das Gesetz bestimmt, daß die Schulpflicht in dem Jahr beginnt, in dem das Kind das siebente Lebensjahr erreicht, und bis zum Abschluß von sieben Klassen Grundschule andauert. Die Einführung des achten Schuljahres wird vorbereitet. In polnischen Pädagogenkreisen diskutiert man aber bereits über eine Verlängerung der Bildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr. Über die Hälfte der Absolventen der 7jährigen Grundschule besuchen schon jetzt weiterführende Bildungseinrichtungen: Höhere Schulen, Berufs-Grundschulen, Berufs-Technika und Berufsschulen sowie Spezialoberschulen für berufstätige Jugendliche.

Auf dem Land hat ein Dorf mit 40 schulpflichtigen Kindern Anspruch auf eine eigene Schule. Der Lehrplan ist der gleiche wie in der Stadt. Die Zahl der Lehrer richtet sich nach der Schülerzahl. Reicht die Schülerzahl für eine volle 7-Klassen-Grundschule in einem Dorf nicht aus, so werden dort nur die Klassen 1 bis 4 eingerichtet. Die älteren Schüler besuchen die nächstgelegene, voll ausgebaute Grundschule, die so den Charakter einer Zentralschule erhält. Der Schulweg soll in der Regel nicht mehr als 4 km betragen.

In den Jahren 1945/46 gab es in Stadt und Land 18 397 Grundschulen; diese Schulen waren von 3 237 000 Schülern besucht. 1952 gab es 23 135 Schulen; die Zahl der Schüler (Kriegsjahrgänge) war auf 2 875 700 gefallen. Erst 1953 beginnt die Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter ungestüm zu wachsen. Deshalb mußten von 1956 bis 1960 über 20 000 neue Klassenräume gebaut werden. Für die Jahre 1961 bis 1965 ist der Bau von weiteren 34 600 Klassenräumen vorgesehen. Diese rege Schulbautätigkeit kostet dem polnischen Staat viel Geld. Sie ist aber notwendig, weil die Jahrgänge der

Abc-Schützen seit 10 Jahren um rund 300 000 Schüler jährlich größer werden.

In den Jahren 1960-1966 wird das 1000jährige Bestehen des polnischen Staates gefeiert. In diesen Jahren werden unter dem Motto „1000 Schulen für 1000 Jahre“ zusätzlich zu den normalen Bauprogrammen 1000 neue Schulen gebaut. An den Kosten beteiligen sich die gesellschaftlichen Organisationen und die Auslandspolen durch namhafte Spenden.

## Hochschulen und Universitäten

Die große Bedeutung von Wissenschaft und Technik in Polen zeigt sich in der Zahl der Hochschulen. Polen verfügt heute über 8 Universitäten, 10 Technische Hochschulen, 10 Medizinische Akademien und 14 Wirtschafts- und Landwirtschafts-Hochschulen. An den insgesamt 76 Hochschulen aller Typen — davon allein 23 in Danzig (Gdańsk), Breslau (Wrocław), Stettin (Szczecin), 14 in Warschau (Warszawa) — studierten 1961 rund 175 000 Studenten, 50 000 mehr als 1950. Der Vergleich mit der Vorkriegszeit zeigt folgende Zahlen:

1937/38

32 Hochschulen mit 49 543 Studenten

= 14,4 Studenten auf 10 000 Staatsbürger

1959/60

76 Hochschulen mit 163 000 Studenten

= 57 Studenten auf 10 000 Staatsbürger

1961/62

waren an den Hochschulen und Universitäten Polens 172 410 Studenten immatrikuliert. Die Zahl der Studenten dürfte sich heute der 200 000-Grenze nähern.

Auffallend groß ist die Zahl der Technischen Fakultäten, an denen doppelt so viel Studenten immatrikuliert sind wie an den Universitäten. Für Personen, die Hochschulbildung erwerben wollen, ohne ihre Berufstätigkeit zu unterbrechen, gibt es ein gut organisiertes Fernstudium. 1959/60 betrug die Zahl der Kurssteilnehmer 22 000, 1961/62 30 181.

Hand in Hand mit der Förderung der Hochschulen ging die Entwicklung von Hilfsmaßnahmen für die Studenten. 1937/38 gab es in Polen 40 Studentenheime, in denen 7000 Studenten wohnten. 1955/56

wohnten rund 57 000 junge Leute in 228 Heimen, 1961 wurden 230 Studentenheime gezählt. Allein Warschau besitzt 80 Heime für etwa 50 Studenten. Breslau [Wrocław] hat 31 Heime mit 600 Plätzen.

Etwa 60 % der polnischen Studenten erhalten staatliche Bargeld-, Voll- und Wohnungsstipendien. Daneben gewähren Volksräte, einzelne Verwaltungen und viele Unternehmungen auch noch Stipendien aus ihren eigenen Mitteln. In manchen Studienrichtungen erreicht die Zahl der Stipendiaten 80 %. Die hochentwickelte staatliche und gesellschaftliche Hilfe ermöglicht der ganzen Jugend einen proportionellen Anteil an der Hochschulbildung. Sie garantiert, daß jeder Begabte, ohne Rücksicht auf seine soziale Herkunft, den Weg auf die Hochschule oder auf die Universität findet.

Die Studentenklubs in den Hochschul- und Universitätsstädten Polens sind zu wichtigen Kulturzentren geworden. Dichter, Philosophen, Schauspieler, Regisseure, Maler und Musiker rechnen es sich zur Ehre an, hier mit der heranwachsenden akademischen Generation die Probleme ihrer Arbeit zu diskutieren. Die polnischen Studentenbühnen haben ein beachtliches Niveau und finden nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland große Beachtung.

## Die Jugendorganisationen

Der Verband der sozialistischen Jugend (ZMS) zählte am 1. 1. 1961 642 000 Mitglieder. Ihm gehören die jungen Arbeiter der Industrie und Jugendliche aus den Städten an. Der Verband der Landjugend (ZMW) ist eine Vereinigung der Jungbauern, der Landarbeiter und der ländlichen Intelligenz. Er zählte am 1. 1. 1961 549 000 Mitglieder. „Harcerstwo“ heißt der polnische Pfadfinder-Verband, eine Kinderorganisation mit 800 000 bis 1 Million Mitgliedern. Der polnische Studentenverband (ZSP) hat rund 100 000 Mitglieder. Er lehnt sich in seiner Struktur eng an die Organisation des Hochschulwesens an.

Eine besondere gewerkschaftliche Jugendorganisation gibt es in Polen nicht. Die Gewerkschaften überwachen aber die Einhaltung der Bestimmungen über den Jugendschutz, die Lehrlingsausbildung und die Berufsbildung. „Jugendausschüsse“ in den Betriebsräten und bei allen Gewerkschaftsinstanzen (bis hin zum Zentralrat) beschäftigen sich mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Jugend. Zur Zeit gibt es etwa 4000 solcher Ausschüsse. In größeren Betrieben gehört dem Betriebsrat ein hauptamtlicher Jugendvertreter an.

## Die politische Ordnung

Die politische Ordnung Polens stützt sich auf die Verfassung aus dem Jahre 1952. Danach ist das Land eine „Volksrepublik“. In der Präambel zur polnischen Verfassung heißt es:

„Grundlage der gegenwärtigen Volksmacht in Polen ist das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, in dem der Arbeiterklasse die führende Rolle zufällt. Sie ist die führende Gesellschafts-klasse, die sich auf die revolutionären Leistungen der polnischen und der internationalen Arbeiterbewegung, auf die geschichtlichen Erfahrungen des siegreichen sozialistischen Aufbaus in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stützt — dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern.“

Alle Bodenschätze, die Verkehrswege, die Transportmittel, Banken, Großgüter, Handels- und Kommunalbetriebe sind verstaatlicht. Nach Artikel 3 der Verfassung sichert der Staat „die Macht des werktätigen Volkes und seine Freiheit vor volksfeindlichen Kräften“. Das wirtschaftliche Leben des Landes ist auf der Grundlage der Planung organisiert. Alle Bürger haben das Recht auf Arbeit, Erholung, Gesundheitsschutz, Bildung, auf die Errungenschaften der Kultur usw. Die katholische Kirche und die anderen Religionsgemeinschaften können ihre religiösen Funktionen ausüben. Ihre Tätigkeit beschränkt sich jedoch ausschließlich auf den eigentlichen kirchlichen Raum.

## Die Staatsorgane

Oberstes Organ der Staatsmacht ist der „Sejm“ der Volksrepublik Polen. 549 Abgeordnete gehören diesem Parlament an, das dem Obersten Sowjet der UdSSR entspricht. Sie werden alle vier Jahre in direkten, geheimen, gleichen und allgemeinen Wahlen gewählt. Das aktive Wahlrecht erhält man in Polen mit der Vollendung des 18. Lebensjahres, das passive mit der Vollendung des 21. Lebensjahres. Der Sejm wählt aus seiner Mitte den Sejm-Marschall (etwa dem Bundestagspräsidenten vergleichbar), die Vize-Marschälle und die Kommissionen. Die Sitzungen des Sejm finden mindestens zweimal im Jahr statt. Der Sejm beschließt die Wirtschaftspläne und den jährlichen Staatshaushalt. Der Sejm wählt aus seiner Mitte auch den „Staatsrat“, der als kollektives staatliches Spitzenorgan gilt. Der Staatsrat nominiert die diplomatischen Vertreter Polens und ruft sie ab, er ratifiziert und kündigt internationale Abkommen, er verleiht Orden usw. Einen Staatspräsidenten (Bundespräsidenten) gibt es nicht. Vorsitzender des Staatsrates ist Edward Ochab.

Bis Ende 1956 spielte der Sejm als Parlament nur eine untergeordnete Rolle. In der Stalin-Ära setzte die Partei ihren Willen über die Regierung auf dem Verordnungswege durch. Nach dem Oktober 1956 und der Rückkehr Gomułkas wurde das Parlament aufgewertet. Die Parteien durften sich zu sogenannten „Abgeordnetenklubs“ zusammenschließen. Es kam sogar zur Gründung eines Kreises katholischer Sejm-Abgeordneter — „Znak“.

Die marxistisch-leninistische Einheitspartei Polens heißt „Vereinigte Polnische Arbeiterpartei“ (ZPR). Sie hat etwa eine Million Mitglieder, davon sind 41 Prozent Industriearbeiter, 42 Prozent Angestellte, 12 Prozent Bauern und Landarbeiter. Sie bestimmt „die Richtung des sozialistischen Aufbaus und zeichnet der Tätigkeit staatlicher Organe sowie der Arbeit der Massenorganisationen den Weg vor“. Die „Vereinigte Bauernpartei“ (ZSL) setzt sich hauptsächlich aus Landwirten zusammen und kann als Nachfolgerin der früher sehr mächtigen „Polnischen Bauernpartei“ (Mikolajczyk) angesprochen werden. Der „Demokratischen Partei“ (SD) gehören Intellektuelle und Handwerker an. Nach dem Muster der Sowjetunion und anderer Volksdemokratien ist der Sozialistische Jugendverband (ZMS) durch eigene Abgeordnete im Sejm vertreten. Die Parteien arbeiten im Rahmen der „Front der Nationalen Einheit“ zusammen, die von der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei geführt wird. Diese verfügt im Sejm über die absolute Mehrheit. Das ist das Ergebnis von Absprachen zwischen den Parteien, die sich vor den Wahlen auf eine „Liste der Nationalen Front“ einigen. Von den Wählern wird diese Absprache im wesentlichen bestätigt. Allerdings besteht die Möglichkeit (die es in anderen Volksdemokratien nicht gibt), unter den — beispielsweise — vier Kandidaten eines Wahlkreises nicht die beiden ersten, sondern den dritten und vierten Namen auf der Liste anzukreuzen. Die Wähler können also den Spitzenkandidaten ihr Mißtrauen ausdrücken.

In den letzten Jahren ist auch immer wieder offen über den Widerspruch diskutiert worden, der zwischen dem Führungsanspruch der Vereinigten Arbeiterpartei und der Rolle des Sejm besteht. Die Kritiker erklärten, ein oberstes Organ des Staates könne keine höhere Instanz über sich dulden. Die Partei trete aber praktisch als eine solche höhere politische Instanz auf. Dieser Widerspruch setze die Vorschriften der Verfassung außer Kraft. Solche und ähnliche Bemerkungen deuten den Grad der Liberalisierung an, der seit 1956 in Polen erreicht wurde.

Das oberste Exekutiv- und Verwaltungsorgan der Staatsmacht ist die Regierung der Volksrepublik Polen: Der Ministerrat, der aus dem Vorsitzenden (Józef Cyrankiewicz), den stellvertretenden Vorsitzenden, den Ministern und den Vorsitzenden von Kommissionen und Komitees besteht, die die obersten Organe der Verwaltung darstellen. Zum ersten Mal wurden 1961 zugleich mit den Abgeordneten des Sejm auch die der kommunalen Volksvertretungen, der „Nationalräte“ in den Wojwodschaften, Bezirken (Powiat), Kreisen, Städten und Dörfern gewählt — insgesamt 184 000 Abgeordnete. Eine ganze Liste von Verwaltungsvollmachten bezeichnet den Einfluß, der den Nationalräten in den letzten Jahren eingeräumt wurde. Für 40 Prozent des Wohnungsbaus zeichnen sie selbst verantwortlich, für die restlichen 60 Prozent sind sie Aufsichtsinstanz. Die lokale Industrie, die Verkehrseinrichtungen, die Hälfte des Straßenbaus, die Handwerksgenossenschaften, die Versorgung des Handels mit Waren, alle Grundschulen, die Staatsgüter und viele kulturelle Einrichtungen unterstehen ihnen. Diese Dezentralisierung in einem System, das ursprünglich auf zentrale Planung hin „ausgerichtet“ war, kommt nach Ansicht von Landeskeennern fast einer „Revolution“ gleich. Heute entscheidet der Gemeinderat, welcher Film im Dorfkino gezeigt wird, noch vor sieben Jahren wurde das Programm durch das Warschauer Kultusministerium einfach befohlen. Es gibt auch schon Beispiele dafür, daß die kommunalen Parlamente die Interessen ihrer Gemeinden mit Energie gegen übergeordnete Instanzen zu vertreten wissen. Hansjakob Stehle, langjähriger Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Warschau, schildert in seinem Buch „Nachbar Polen“ einen solchen Fall:

Ein treffendes Beispiel für wirksamen kommunalen „Parlamentarismus“ bot Anfang 1962 der Stadtrat von Landsberg an der Warthe (Gorzow Wielkopolski). Die kommunistische Fraktion war am Tage vor jener Sitzung zusammengetreten, auf der der Entwicklungsplan der Stadt für die nächsten fünf Jahre zu beraten war. Der Plan war in der Wojwodschaftshauptstadt Grünberg (Zielona Gora) entworfen worden. Auf dem achten Plenum des Zentralkomitees waren jedoch den Nationalräten größere Kompetenzen, auch bei der Ausarbeitung langfristiger Pläne, zugebilligt worden. Mußten also die Stadtväter von Landsberg einfach hinnehmen, was die Grünberger Bürokratie für sie ausgebrütet hatte?

„Also, der Plan ist schlecht“, sagte Jan Buczynski, der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion im Stadtrat. „Entweder sind wir solche Stadträte, wie uns das Volk aufgestellt hat, oder alles ist nur

zum Scherz. Man muß jetzt klären, ob wir wirklich etwas zu sagen haben, nach dem achten Plenum, oder ob wir nur eine Abstimmungs-  
maschine sind. Wir möchten endlich wissen, wie das ist. Das Gewissen,  
der Auftrag der Wähler sagt: nein! Ich stelle daher den Antrag:  
Stimmen wir auf der Sitzung dagegen.“

Die Kommunisten besitzen im Landsberger Stadtrat 30 von 60 Sitzen.  
Den Rest teilen sich Bauernpartei (1), Demokraten (6) und Partei-  
lose (23). Ohne die Kommunisten kann also nichts beschlossen werden.  
Bei ihrer Fraktionssitzung am Tage vor der Stadtratssitzung waren  
immerhin — allzu eifrig sind sie nicht — 16 Fraktionsmitglieder  
erschienen, also knapp die Mehrheit. Damit war man beschlußfähig.  
Doch plötzlich meldete Genosse Klessa Widerspruch an. Er ist der  
Sekretär der Stadtverwaltung, also ein Beamter. Er könne doch nicht,  
so sagte er, gegen den Plan seiner vorgesetzten Behörde stimmen.  
„Schön“, sagten die Genossen der Fraktion, „aber als unser Mitglied  
kannst du auch nicht für den Plan stimmen. Du kannst dich nur der  
Stimme enthalten“. Damit war aber nicht nur die Fraktion selbst  
beschlußunfähig geworden, auch im Plenum konnte man nun mit  
29 von 60 Stimmen nicht mehr des Vetos sicher sein. Die lokale  
„Lobby“ wurde also in Bewegung gesetzt: Die sechs Stadträte der  
„Demokratischen Partei“ sagten zu, ebenfalls gegen den Plan zu  
stimmen.

Im kommunistischen Stadtkomitee herrschte, als man von all dem  
erfuhr, Verlegenheit. Sein erster Sekretär gestand später mit ent-  
waffnender Offenheit: „Wir hätten natürlich eine Parteiempfehlung  
geben können: Genossen, die Lage ist so, daß der Plan ohne Ände-  
rung verabschiedet werden muß — und natürlich wäre er dann auch  
mit den Stimmen unserer Räte verabschiedet worden. Vermutlich  
hätten dann auch die Räte der Demokratischen Partei den Beschluß  
ihrer Fraktion neu überdacht. Aber eine solche Parteiempfehlung  
wäre, auch wenn sie einigen Funktionären der staatlichen und poli-  
tischen Verwaltung gefallen hätte, ein politischer Eklat geworden.  
Wir hatten einfach keine Lust, diesen Plan durchzudrücken.“

Das Stadtoberhaupt Zenon Bauer, ebenfalls Kommunist, vertagte am  
nächsten Tag die entscheidende Sitzung schon nach zehn Minuten, da  
„für den Plan in seiner jetzigen Fassung keine Stimmenmehrheit zu  
erwarten ist“. Sieben Räte waren bereits nach Grünberg (Zielona  
Gora) gefahren, um dort eine Änderung zu erwirken. Aber dort zeigte  
man ihnen die kalte Schulter. Vier Tage später verabschiedete der  
Grünberger Wojwodschafts-Nationalrat ungerührt den Fünfjahr-

plan für die Gesamtprovinz — der Teilplan für Landsberg (Gorzow Wielkopolski) hing in der Luft. Dennoch blieben die dortigen Gemeindevertreter hart. Endlich, nach vier Wochen, trat der Wojwodschaftspräsident in Begleitung hoher Beamter den „Canossagang“ nach Landsberg (Gorzow Wielkopolski) an — offenkundig mit höheren Orts empfohlener demokratischer Demut. Gemeinsam entwarf man einen Zusatz zum Landsberger Plan: Die Stadt erhält nun ihr verlangtes drittes Kino und weitere Schulen. Erst dann gaben die Landsberger Stadtväter — mit einem Monat Verspätung — dem erweiterten Plan ihren Segen.

## **Justizwesen**

Die Rechtsprechung liegt in den Händen des Obersten Gerichts, der Wojwodschafts- und der Kreisgerichte. Die Richter sind bei der Ausübung ihres Amtes unabhängig und nur an das Gesetz gebunden. Das Gerichtsverfassungsgesetz von 1929 wurde mehrfach, zuletzt 1950 und 1957 geändert. Es gewährleistet dem Angeklagten das Recht auf Verteidigung. Die Kreis- und Wojwodschaftsgerichte entscheiden in erster Instanz über alle Zivil- und Strafsachen. Die Wojwodschaftsgerichte sind gleichzeitig Berufungsinstanzen gegen die Urteile der Kreisgerichte. Nach dem Gesetz haben die Gerichte nicht nur die Aufgabe Recht zu sprechen, sondern sie sollen „auch die Staatsbürger im Geist der Treue zur Volksrepublik erziehen“. Wie im Sowjetischen Recht hat die Staatsanwaltschaft eine besondere Stellung. Sie ist eine unabhängige Behörde mit stark politischem Charakter. Die Rechtsanwälte sind in der „Kammer der Rechtsanwälte“ organisiert, an deren Spitze ein gewählter Rat steht. Ein neues Strafgesetzbuch ist seit längerer Zeit in Bearbeitung. Es lehnt sich eng an die sowjetische Strafgesetzgebung an. Teile wurden bereits in Kraft gesetzt.

## **Kontakte mit dem Ausland**

In vielen Ländern gibt es polnische Emigranten-Vereinigungen, die der Volksrepublik Polen nicht feindlich und verbittert, sondern freundschaftlich und interessiert gegenüberstehen. Diese Vereinigungen tragen häufig den Namen „Polonia“. Sowohl im Ausland lebende Staatsangehörige der Volksrepublik wie auch ausländische Staatsangehörige polnischer Abstammung können diesen Organisationen beitreten. Bei der letzten Gruppe handelt es sich meist um polnische Emigranten und deren Nachkommen, von denen es schät-



zungsweise 10 Millionen gibt Die meisten Emigranten leben in den USA (etwa 6 Millionen). Diese starke polnische Gruppe ist ein Faktor, mit dem die amerikanische Regierung innenpolitisch rechnen muß. In der Bundesrepublik leben etwa 70 000 polnische Emigranten.

Einige hunderttausend Polen konnten seit dem Ende der Stalin-Ära ihren Urlaub ganz legal im westlichen Ausland verbringen. Nur ein sehr geringer Teil von ihnen (noch nicht einmal 5 %) „wählte die Freiheit“, die illegale Emigration, um das keineswegs immer süße Brot der Fremde zu essen. Für die Bürger der meisten Ostblockstaaten gehört eine längere Auslandsreise in den Westen zu den nicht realisierbaren Träumen. Im heutigen Polen ziehen jedoch alljährlich zehntausende von Menschen das Glückslos einer Auslandsreise in Gestalt des von den zuständigen Behörden genehmigten Passes. Es ist zwar auch in Polen nicht leicht, einen Paß zu erhalten, aber es ist immerhin nicht unmöglich. Die Verabredung fester Besuchstermine mit ausländischen Freunden ist einem polnischen Bürger nur unter Vorbehalt möglich. Als erstes kommunistisches Parlament der Welt setzte der Sejm im Sommer 1959 ein Paßgesetz durch, in dem es heißt: „Jeder Bürger hat das Recht, einen Paß zu erhalten, wenn er die erforderlichen Dokumente eingereicht und die festgesetzte Gebühr bezahlt hat.“

Die Verwirklichung des Rechtes auf einen Paß ist allerdings nicht ganz so einfach, wie es nach diesem Text den Anschein haben könnte. Die polnische Presse kritisiert immer wieder die bürokratischen Schwierigkeiten, die man überwinden muß, ehe man in den Besitz des ersehnten Papiers gelangt. Die Regierung benutzt die Paßpolitik natürlich auch als politisches Mittel, indem sie sie je nach den momentanen Gegebenheiten einmal liberaler und einmal strenger handhabt.

## Religion

Fast die gesamte Bevölkerung Polens ist römisch-katholisch (ca. 90 %), der Rest verteilt sich auf Juden, Protestanten und Atheisten. 1950 haben die römisch-katholischen Bischöfe eine Abmachung mit der Regierung getroffen, wonach die römisch-katholische Religion frei ausgeübt werden darf, die Kirche aber das kommunistische Regime anerkennt. 1956 wurde durch ein weiteres Abkommen zwischen Kirche und Regierung der Religionsunterricht in den Schulen auf freiwilliger Basis erlaubt. 1961 erschienen jedoch Resolutionen, in denen die erneute Abschaffung dieses freiwilligen Religionsunterrichts verlangt wurde.

63 Bischöfe und Weihbischöfe (vor dem Kriege 45) betreuen die 27 Millionen polnischer Katholiken. 22 von ihnen sind seit Beginn des Gomułka-Regimes und mit dessen Zustimmung geweiht worden. Die Zahl der Pfarrpriester hat gegenüber der Vorkriegszeit um ein Drittel zugenommen und beträgt rund 15 000. Eine kircheneigene Universität in Lublin, die katholische Hochschule in Warschau (vom Staat finanziert) und 40 Seminare sind die Ausbildungsstätten für den Priesternachwuchs. Die Zahl der Theologie-Studenten beträgt ständig etwa 4000. Es gibt in Polen rund 10 000 Kirchen und Kapellen für die katholischen Gläubigen, davon 3300 früher meist evangelische Kirchen in den Oder-Neiße-Gebieten. Für den Wiederaufbau und die Erhaltung künstlerisch wertvoller Kirchen gab der polnische Staat bis heute etwa 60 Millionen Złoty aus.

Nach der Verfassung besteht strikte Trennung von Kirche und Staat. Die Geistlichen werden vom Staat nicht besoldet. Die Kirche ist auf freiwillige Spenden der Gläubigen angewiesen. Parteistellen schätzen, daß die kirchlichen Gesamteinnahmen jährlich etwa 2 Milliarden Złoty betragen. Das Einkommen eines Pfarrers liegt nicht selten über dem eines Ministers. Die katholische Tageszeitung „*Slowo Powszechnie*“ hat eine Auflage von ca. 80 000 Exemplaren. Mit dem Episkopat verbunden sind die drei Wochenzeitungen „*Tygodnik Powszechny*“ Krakau (Kraków) — 50 000 Exemplare, „*Przewodnik Katolicki*“ Posen (Poznań) — 49 000 Exemplare und „*Gość Niedzielny*“ Kattowitz (Katowice) — 80 000 Exemplare. Die Gesamtauflage der 52 periodisch erscheinenden katholischen Zeitschriften liegt bei etwa 600 000 Exemplaren.

Die politische Bedeutung des Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, ist erheblich. Die Erklärungen und Äußerungen des Kardinals werden im Inland und im Ausland stark beachtet. Jedesmal, wenn er von einer Reise nach Warschau zurückkehrt, empfangen ihn am Bahnhof hunderte von Gläubigen. Auch im Vatikan schätzt man den polnischen Kirchenfürsten, der sich so geschickt gegenüber dem Kommunismus behauptet. Das Verhältnis zwischen dem Parteichef und dem Kardinal wird durch eine realistische Beurteilung der Tatsachen bestimmt. In einem Interview für die französische Zeitung „*Le Monde*“ erklärte Gomułka:

„Die Religion ist im Großteil unseres Volkes tief verwurzelt. Es wäre Unsinn, wenn wir Mentalität und Glaubensüberzeugungen durch administrative Mittel gewaltsam zu ändern versuchen wollten. Es kann Leute von hohem geistigem Niveau geben, die gläubig sind.

Wir denken nicht daran, auf irgend jemandes Gewissen herumzutrapeln. Wie lange der religiöse Glaube in Polen noch lebendig bleibt, ist schwer zu sagen. Sicher jahrzehntelang, vielleicht noch länger...“

Im gleichen Jahr — 1961 — schrieb Kardinal Wyszyński in einem Zeitungsartikel:

„Wir sind überzeugt, daß es besser ist, wenn die Nation gläubig ist, daß die Stärkung des Glaubens der Einheit der Nation dient... Die Hierarchie war in Polen immer der nationalen Sache besonders nahe... Niemand ist mehr aus dem Volk und für das Volk als wir Priester; nicht im politischen oder Klassen-Sinne. Wir sind die Ausstrahlung dieser Nation...“

## **Die polnische Westverschiebung als Folge des Hitler-Krieges**

Für das Schicksal Polens in der Nachkriegszeit ist das Vordringen der Sowjetarmeen nach Mitteleuropa und sind die Entscheidungen der Großmächte in Jalta und Potsdam ausschlaggebend gewesen. Die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam erlegten der polnischen Nation schwere Lasten auf. Vom Staatsgebiet der Vorkriegszeit (389 685 qkm) verlor Polen im Osten rund 180 000 qkm, um dafür die Verwaltung ostdeutscher Provinzen und der Freien Stadt Danzig — insgesamt etwa 103 000 qkm — übertragen zu bekommen. Die Großmächte verlegten durch diese Entscheidung die Heimstätte der polnischen Nation im Mittel um etwa 250 km nach Westen. Es ist deshalb nicht übertrieben, wenn man sagt: ohne Hitler hätte Polen heute ganz andere Grenzen, und ohne Hitler wäre Polen wahrscheinlich nicht kommunistisch. Die Polen hatten sich 1945 mit einem Regime abzufinden, das ihnen nicht zusagte. Sie mußten eine Gesellschaftsordnung akzeptieren, die zunächst nur dem Wunsche einer kleinen Minderheit entsprach. Das Gebiet, das an die Sowjetunion fiel, machte über 40 % des polnischen Territoriums der Vorkriegszeit aus. Die Polen haben Lemberg (Lwów) und Wilna nicht freiwillig gegen Breslau und Stettin eingetauscht. Die amtliche polnische Propaganda hat nach dem Kriege versucht, die Oder-Neiße-Gebiete als urpolnische Länder hinzustellen. Die Argumentation des normalen Polen wird jedoch nicht durch solche Geschichtsklitterungen bestimmt. Er leitet sein Recht, heute in Stettin zu leben, nicht daraus ab, daß diese Stadt vor vielen hundert Jahren einmal zu Polen gehört hat. Er sagt sich vielmehr höchst nüchtern,

daß in Stettin heute Polen leben, weil Hitler in Europa einen Krieg begonnen, Polen völlig verwüstet, schließlich aber den Krieg Gott sei Dank doch noch verloren habe, und weil die Sowjets Polen seine Ostgebiete abgenommen haben und es im Westen für diesen Verlust entschädigten. Der normale Pole meint aber auch, daß es außerordentlich ungerecht wäre, wenn für den von Deutschland begonnenen Krieg nur die Polen und nicht auch die Deutschen bezahlen müßten. Die Polen aus Lemberg und Wilna wissen, daß ihre ostpolnische Heimat für sie endgültig verloren ist. Es gibt keine Propaganda, die in ihnen die Illusion einer späteren Rückkehr in diese Gebiete wachhält. Sie meinen, daß man von den Deutschen eine ähnlich realistische, wenn auch schmerzliche Einstellung zur Wirklichkeit verlangen müsse. Sie betrachten also die heutigen Verhältnisse als eine Folge der deutschen Okkupation und der verbrecherischen „Volkstumspolitik“ Hitlers, an die sie sich noch genau erinnern.

### **Polen unter deutscher Herrschaft**

Aus den leidvollen Erfahrungen der Kriegszeit stammen das überscharfe, mit Furcht gemischte Mißtrauen und die besondere Empfindlichkeit gegenüber Deutschland und den Deutschen. Die in Polen in fünf Jahren deutscher Besatzungszeit konsequent angewandten nazistischen Theorien von der „Landnahme im Osten“ erzeugten nicht nur jenen nach 1945 auf die Deutschen im Osten zurückwirkenden Haß, sondern sie bestimmen auch noch heute das Deutschlandbild der meisten Polen wesentlich mit.

Die Vorstellungen Hitlers vom „Lebensraum im Osten“ wurden 1939 im Falle Polen erstmals verwirklicht. Das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 ebnete den Weg, und der deutsch-sowjetische Grenzvertrag vom 28. September interpretierte das Ergebnis des von Hitler begonnenen Krieges als ein „Auseinanderfallen“ des bisherigen polnischen Staates und schlug „diese Gebiete“ den beiderseitigen Interessensphären, durch Bug und San getrennt, zu. Der unter deutsche Herrschaft fallende Teil wurde nochmals geteilt: Westpolen wurde über die Grenzen von 1914 hinaus dem Reich in zwei Gauen angegliedert; der nicht eingegliederte Teil Polens — nach Beginn des Rußlandfeldzuges um Ostgalizien vergrößert — erhielt die Bezeichnung „Generalgouvernement“ (GG).

Im Warthegau und in Danzig-Westpreußen wurden alle industriellen und landwirtschaftlichen Hilfsquellen von Anfang an voll ausgebeutet. Gleichzeitig begann man das Gebiet zu „germanisieren“. Himmeler erhielt Amt und Titel eines „Reichskommissars für die Festigung

des deutschen Volkstums“ und fing an, die Personen potentiell deutscher Abstammung zu klassifizieren. Eine Art Volkstumskartei entstand: die berüchtigte „Deutsche Volksliste“. Daneben bereitete man die Ansiedlung von mindestens 40 000 Baltendeutschen, über 100 000 Volksdeutschen aus dem an die UdSSR gefallenem Teil Polens und ca. 135 000 Bessarabiendeutschen vor. Den nötigen „Lebensraum“ für die Umsiedler verschaffte man sich, wie Himmler am 10. Oktober 1939 ankündigte, durch die Deportation von 550 000 Juden, allen polnischen Intellektuellen und überhaupt allen deutschfeindlichen Polen aus diesem Gebiet ins GG — eine Maßnahme, die äußerst brutal durchgeführt wurde: Ganze Dörfer wurden von „nicht eindeutschungsfähigen“ Bewohnern geräumt. Was die angesiedelten Polen mitnehmen durften, war genau vorgeschrieben:

„Pro Pole ein Koffer mit Ausrüstungsgegenständen, vollständige Bekleidung, pro Pole eine Decke — keine Betten —, Verpflegung für 14 Tage. Pro Person können 20 Złoty mitgenommen werden. Nicht mitgenommen werden dürfen Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher, Wertsachen jeder Art mit Ausnahme des Eheringes.“ (Richtlinien des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums).

Bis zum 15. November 1940 wurden aus den „Reichsgauen“ Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie aus den Ostpreußen und Oberschlesien angeschlossenen Gebieten insgesamt 294 336 Polen in 303 Sonderzügen abtransportiert. 669 048 Betriebe wurden bis zum 1. Oktober 1942 vom Zentralbodenamt beschlagnahmt. Die Zerreißung von Familien war dabei durchaus üblich und absichtlich. Sie bezweckte — wie auch später bei der „Verbringung von polnischen Arbeitskräften ins Reich“ — die „Ausschaltung der Polen aus dem Fortpflanzungsprozeß“ (Generalgouverneur Frank).

Das Generalgouvernement wurde als „Vorplatz des Reiches“ aufgefaßt (Hitler) und als „Nebenland des Deutschen Reiches im Großdeutschen Reich“ definiert (Frank). Jede Hoheitsgewalt, die im GG ausgeübt wurde, leitete sich vom Deutschen Reich her. Die „sachlichen Leitgedanken dieser Verwaltung“ waren nach einem zeitgenössischen Aufsatz:

1. Die Verwaltung wird im Geiste rechtlicher Ordnung geführt.
2. Die Verwaltung des GG ist ausgerichtet auf das Reich.
3. Alle Verwaltungstätigkeit ist auf dem deutschen Führungsanspruch aufgebaut.

4. Im Rahmen des deutschen Führungsanspruches ist der nichtdeutschen Bevölkerung die Betätigung ihrer Eigenart verbürgt. Die unterste Verwaltungsstufe (Bürgermeisterämter) ist ihr überlassen. Ihr Recht muß nur insofern der deutschen Gerichtsbarkeit weichen, als entscheidende Interessen des Deutschen Reiches und Volkes dies verlangen oder Rechtsbeziehungen Deutscher in Frage stehen.

Das „*Vae victis!*“ (Wehe dem Besiegten!) war offensichtlich. Es gab keine polnische Marionettenregierung. Der Generalgouverneur war fast unumschränkter Herr. Ihm zur Seite stand der Höhere SS- und Polizeiführer, der Himmler direkt unterstand und dessen Einfluß sicherte. Bei der Anwendung der „doppelten Rechtsordnung“ war so der Willkür Tür und Tor geöffnet. Zwar wurden tatsächlich einmal zwei SS-Leute (im September 1939) wegen Ermordung von 50 Juden vor Gericht gestellt und verurteilt, wenn auch nur wegen Totschlags, jedoch wurde das Urteil nicht bestätigt mit der Begründung, daß „der SS-Mann in besonderem Maße beim Anblick der Juden die deutschfeindliche Einstellung des Judentums empfunden, daher in jugendlichem Draufgängertum völlig unüberlegt gehandelt habe. Tüchtiger Soldat, unvorbestraft.“ (Reitlinger: „Die Endlösung“, S. 37.) Aber auch die Polen mußten bei theoretisch möglichen Klagen gegen deutsche Übergriffe mit Freisprüchen der Deutschen „im Interesse des Reiches“ und der eigenen Verurteilung „wegen Verächtlichmachung des deutschen Namens“ rechnen. Es war also verständlich, daß sie sich im weiteren Verlauf nicht mehr gern in Rechtsstreitigkeiten mit Deutschen einließen.

Von Anfang an wurde die Ausbeutung von „Großdeutschlands Arbeitsreich“ forciert. „Polen soll als Kolonie behandelt werden. Die Polen sollen die Sklaven des Großdeutschen Weltreiches sein“, sagte Frank. Eine entsprechende Verordnung vom Oktober 1939 verpflichtete alle polnischen Bewohner des GG zwischen dem 18. und 60. Lebensjahr zur öffentlichen Arbeitspflicht. Eine Durchführungsvorschrift vom 12. 12. 1939 bezog auch noch die 14- bis 18jährigen ein. Ab 1942 wurde daraus eine Art obligatorischer Arbeitsdienst mit militärisch strenger Zucht.

„Germanisierung kann nur am Boden vorgenommen werden und niemals am Menschen“, war schon in „Mein Kampf“ zu lesen. Konsequenter wurden Anfang 1942 die nichtdeutschen Bewohner des GG zu „staatenlosen Personen“ erklärt. In Westpolen wurde Polnisch sogar als Verwaltungs- und Unterrichtssprache verboten, Radiobesitz und Radio hören waren bei Todesstrafe verboten. Die Straßenbahnen waren dreigeteilt; für Deutsche, für Polen, für Juden.

Die Universitäten und Höheren Schulen wurden geschlossen, einige existierten illegal weiter. Ein 1940 von Himmler vorgelegter und von Hitler begrüßter Plan sah für Polen eine nur vierklassige Volksschule vor, deren Lehrziele sich auf Rechnen bis 500, Schreiben des Namens und das „göttliche Gesetz, den Deutschen gehorsam zu sein“ beschränken sollten. Wieweit der Plan verwirklicht worden wäre, läßt sich nicht sagen. Immerhin kamen 1943 im Bezirk Lublin (nach du Prel „Das deutsche Generalgouvernement Polen“, Krakau 1940) auf einen polnischen Lehrer 620 polnische Volksschüler (auf einen deutschen Lehrer im selben Bezirk dagegen 46 deutsche Schüler).

Über eine „Endlösung der Polenfrage“ scheint in nationalsozialistischen Führungskreisen keine feste Vorstellung bestanden zu haben. Durch Konzentrationslager (insbesondere Auschwitz-Hauptlager), durch Todesurteile, „Erschießungen auf der Flucht“ sowie durch unmenschliche Deportations- und Lebensbedingungen wurden aber überdeutliche Maßnahmen zur Vernichtung des polnischen Volkes eingeleitet.

Auf polnischem Boden entstanden die Vernichtungslager Auschwitz (Oświęcim), Majdanek, Chełmno (Kulmhof), Bełżec, Sobibór und Treblinka — Mordfabriken, errichtet und geleitet von Deutschen. Das Lager Auschwitz wurde im Juni 1940 angelegt. Die verlassenen Wachtürme drohen heute nicht mehr mit Maschinengewehren; keine Anrufe der Posten sind zu hören, keine Schritte der sich ablösenden Wachen. Auf diesem, der Zahl der Opfer nach blutigsten Schlachtfeld der Welt, wimmelt es nun nicht mehr von abgezehrten Häftlingen in Zebraanzügen. Aber man sieht noch den dreifachen Stacheldraht, die Schilder mit Totenköpfen (der Zaun war elektrisch geladen), die Appellplätze und die Baracken. Einige Baracken sind vom polnischen Staat als Museum eingerichtet worden — der Gang durch dieses Museum läßt das Grauen wieder lebendig werden. Man sieht Berge von menschlichem Haar, die nicht mehr abtransportiert werden konnten, man sieht Kleidungssetzen, Brillen, Haufen von Koffern mit mühsam aufgekratzelten Heimatadressen — Wien, Düsseldorf, Łódź, Lublin, Paris, Kopenhagen, Budapest, Amsterdam — eine ganze Landkarte des Massenmordes. Vier Millionen Menschen sind in Auschwitz ermordet worden — vier Millionen aus 26 verschiedenen Nationen. Hier war die Endstation der „Deportationszüge“ aus allen von den Nazis besetzten Ländern Europas — die Endstation, von der angeblich (nach den Aussagen in den Prozessen, die in den letzten Jahren gegen die Massenmörder geführt wurden, zu urteilen) kein Nazifunktionär, kein Bahnbeamter, kein Polizist etwas gewußt hat: Auschwitz.

„Viele Frauen versteckten ihre Säuglinge in den Kleiderhaufen. Die Häftlinge des Sonderkommandos paßten da ganz besonders auf und redeten den Frauen so lange zu, bis sie das Kind mitnahmen. Ich habe auch beobachtet, daß Frauen, die ahnten oder wußten, was ihnen bevorstand, mit der Todesangst in den Augen, die Kraft noch aufbrachten, mit ihren Kindern zu scherzen, ihnen gut zuzureden, Frauen, die wußten, daß sie in die Gaskammern von Auschwitz getrieben wurden, und daß sie und ihre Kinder in wenigen Minuten qualvoll ermordet würden...“

Dieses Zitat stammt aus den Aufzeichnungen des früheren Lagerkommandanten Höss, die von diesem Mann nach dem Kriege im Gefängnis niedergeschrieben wurden. Rudolf Höss beschreibt in seinem „Manuskript“ den Ablauf der Massenmorde mit minutiöser Genauigkeit. Tag für Tag wurden Tausende von Menschen in Auschwitz vergast, erschossen und erhängt. Die Leichen wurden verbrannt.

„Schon bei den ersten Verbrennungen im Freien zeigte sich, daß auf die Dauer dies nicht durchzuführen sei... Die beiden großen Krematorien I und II wurden im Winter 42/43 gebaut. Sie konnten innerhalb von 24 Stunden je etwa 2000 Leichen verbrennen. Die beiden kleineren, III und IV, sollten nach Berechnung durch die Baufirma Topf in Erfurt je 1500 innerhalb von 24 Stunden verbrennen können. Die erreichte höchste Zahl innerhalb 24 Stunden an Vergasungen und Verbrennungen war 9000...“

**Kein Pole wird jemals vergessen können, was in Auschwitz und an den anderen Stätten des Grauens geschehen ist. Kein Pole wird vergessen können, daß die Verbrechen, die hier geschehen sind, von Deutschen begangen wurden.**

## **Polens Weg in die Zukunft**

In kaum einem anderen Land Europas sieht man so viele Kinder wie in Polen: Kinderscharen, wohin man blickt. Zwischen 1950 und 1960 hat die Bevölkerung des Landes um rund 5 Millionen Menschen zugenommen. Der Geburtenüberschuß, der im Jahre 1955 mit 19,5 Geburten auf tausend Einwohner (5,0 in der Bundesrepublik) den höchsten Stand erreicht hatte, ist zwar in den letzten Jahren leicht abgesunken — doch nur deshalb, weil nun die dezimierten Kriegsjahrgänge ins heiratsfähige Alter gekommen sind. Man rechnet in Warschau ab 1970 mit einer zweiten großen Geburtenwelle und bemüht sich darum, die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Landes der steigenden Bevölkerungszahl anzupassen.



Wohnungs- und Schulbau, sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen im Mittelpunkt all dieser Planungen und Überlegungen. Allein 4 Millionen neue Arbeitsplätze werden bis 1975 benötigt. Man denkt natürlich in erster Linie an Arbeitsplätze in der Industrie — also an den Aufbau neuer, moderner Fabriken und Betriebe —, für die erhebliche Investitionsmittel nötig sind.

### **Vom Agrarstaat zum Industriestaat**

Das Vorkriegs-Polen war ein ausgesprochener Agrarstaat. Nur 35 % der Bevölkerung wohnte in Städten; heute sind es über 50 %. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung lebt heute von der Landwirtschaft, obwohl 65 % des Landes urbar sind. Von 15,9 Millionen ha bestellbaren Bodens werden 13,8 Millionen ha (87 %) privat bewirtschaftet. Rund 90 % der landwirtschaftlichen Produkte kommen aus diesen Privatbetrieben. Bei seinem Entschluß, am System der privaten Landwirtschaft festzuhalten, konnte Gomułka sich auf Lenin berufen, der Anfang der 20er Jahre erkannt hatte, daß man „die Bauern nicht davonjagen, nicht unterdrücken kann, sondern mit ihnen zurechtkommen muß“. Dabei ist es keineswegs so, daß Gomułka das private Wirtschaften für die rationellste Betriebsform hält, aber der Parteichef weiß genau, daß der Leistungsstand der polnischen Landwirtschaft durch unpopuläre Gewaltmaßnahmen (Zwangskollektivierung) keinesfalls gehoben werden kann. Dank seiner Agrarpolitik haben die polnischen Hausfrauen nicht über Mängel in der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu klagen. Auf den „freien Märkten“ der Städte bieten die Bauern an, was man zum Leben benötigt. Es gibt jedoch auch in der Landwirtschaft Polens erhebliche Probleme. 1963 mußten fast 3 Millionen Tonnen Getreide eingeführt werden. Die Mechanisierung der Landwirtschaft steht erst am Anfang; während in Westdeutschland pro 11 ha je ein Traktor zur Verfügung steht, gibt es in Polen nur je einen Traktor für 276 ha. Die polnischen Bauern verwenden pro ha 51 kg Kunstdünger, die westdeutschen Landwirte 165 kg. Es gibt in Polen eine halbe Million Bauernhöfe, deren Eigentümer alt und ohne Nachfolger sind, weil ihre Kinder — der besseren Arbeitsmöglichkeiten wegen — in die Stadt zogen. Der Sejm mußte im Sommer 1962 ein Gesetz verabschieden, das bestimmt, daß vernachlässigtes Land unter staatliche Aufsicht gestellt werden kann. In dem gleichen Gesetz ist festgelegt, daß ein Bauernhof nicht weniger als 4 ha Land haben darf, weil kleinere Betriebsgrößen unwirtschaftlich sind. Einem in der Bundesrepublik lange Zeit hindurch weit verbreiteten Wunschenken zum Trotz kann übrigens keinesfalls davon gesprochen

werden, daß die Oder-Neiße-Gebiete Wüsteneien geworden seien. Im Gegenteil: Die Wojwodschaft Oppeln gilt heute als eines der ertragreichsten Landwirtschaftsgebiete. In Ostpreußen, in der Danziger Niederung, in Pommern und in Schlesien haben sich die Neusiedler inzwischen eingelebt. Schon gibt es in diesen Gebieten Kinder, deren Mütter bereits dort zur Welt gekommen sind. Die zweite Generation der polnischen Ansiedler in den Oder-Neiße-Gebieten, die jetzt geboren wird, wird verständlicherweise diese Gebiete als legitime Heimat betrachten.

Durch den Krieg hatte Polen ein Drittel seiner industriellen Einrichtungen verloren. Die Oder-Neiße-Gebiete waren verwüstet, ihre Produktionskraft durch die Aussiedlung und Vertreibung der deutschen Bewohner zunächst lahmgelegt. Moskau befahl den Aufbau einer Schwerindustrie unter Vernachlässigung des Konsums. Die Rüstungsindustrie wurde bevorzugt, die Rentabilität spielte keine Rolle. Sogar ein Teil der polnischen Kommunisten wandte sich gegen diese Planung. Jede vernünftige Kalkulation wurde durch Milliarden-Lieferungen an die Sowjetunion zu willkürlich festgesetzten niedrigen Preisen unmöglich gemacht. Der einzige Erfolg dieses Systems, das bis 1956 andauerte, lag darin, daß das industrielle Potential Polens in jenen zehn Jahren sprunghaft anstieg. Als das „Tauwetter“ nach Stalins Tod im gesamten Ostblock einsetzte, zeigte es sich jedoch, daß die Methoden der „Kriegswirtschaft“ nicht länger angewendet werden konnten. In Posen erhoben sich die Arbeiter der Lokomotivwerke, als neue Normerhöhungen verkündet werden sollten. Im Verein mit den Intellektuellen des Landes forderten die Arbeiter eine fühlbare Erhöhung des Lebensstandards durch bessere Versorgung mit Konsumgütern und eine Liberalisierung der politischen Verhältnisse. Der dritte Fünf-Jahres-Plan (1956-1960) sollte diese „Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Bevölkerung“ herbeiführen. Die übertriebene Lenkung der Betriebe sollte zurückgedrängt und ihre Selbständigkeit gefördert werden. Ende 1956 wurde unter dem Vorsitz von zwei bis dahin kaltgestellten Volkswirtschaftlern (Oskar Lange und Czesław Bobrowski) der „Ökonomische Rat“ beim Ministerrat gebildet. Dieser Rat zeichnete verantwortlich für die Wirtschaftsreform. Das Ergebnis dieser Wirtschaftsreform ist eine einigermaßen befriedigende Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern bei relativ niedrigen Reallöhnen. Von der Politik leerer Schaufenster bei vollen Geldbeuteln halten Prof. Lange und seine Mitarbeiter nichts. Wenn das Angebot an Konsumwaren auch noch weit vom westlichen Standard entfernt ist, so ist doch eine quantitative und qualitative Verbesserung un-

verkennbar. Die polnischen Löhne gehören allerdings ihrer Kaufkraft nach noch immer zu den niedrigsten in Europa. Das Einkommen eines Ministers entspricht der Kaufkraft von etwa 1000 DM. Die Aussichten auf Lohnsteigerungen sind gering. Aber das von Jahr zu Jahr steigende Warenangebot, die Einführung des Ratenzahlungssystems für Möbelkäufe etc. haben das Wirtschaftsleben Polens positiv beeinflusst.

Im Gegensatz zu den anderen Volksdemokratien ist in Polen der Besitz von Devisen nicht strafbar; lediglich der Handel mit Devisen ist verboten. Wer Verwandte oder Freunde im Ausland hat, kann im Lande selbst gegen ausländische Valuta ausländische Waren erwerben, oder die Devisen zu einem wesentlich günstigeren als dem offiziellen Kurs an die Banken verkaufen. Viele Polen machen von solchen legalen und halblegalen Möglichkeiten, die man „Kombinationen“ nennt, Gebrauch.

Der Weg Polens vom Agrarstaat zum Industriestaat wird durch zahlreiche neue Industrieprojekte bezeichnet: Bei Türczau (Turoszów) (Niederschlesien) entsteht auf Braunkohlen-Basis eines der größten Kraftwerke Europas, das 1965 mit einer Leistung von 1400 Megawatt den Betrieb aufnehmen wird. Polnische Geologen haben zwischen Liegnitz (Legnica) und Glogau (Głogów) Kupfererzvorkommen entdeckt, die zu den reichsten der Welt gehören. Mit dem Abbau ist bereits begonnen worden. In Südost-Polen wurden allein 4,5 Milliarden Złoty im Schwefelbergbau und in den weiterverarbeitenden Industrien investiert. Die Hafenanlagen von Swinemünde (Swinoujście) sind modernisiert worden; dort ist ein großer Stützpunkt für die Hochseefischerei im Entstehen. Bei Płock, 80 km von Warschau entfernt, wird mit einem Aufwand von 9 Millionen Złoty an der Öl-Pipe-Line Rußland—Deutschland eine Raffinerie gebaut — mit einer Durchsatz-Kapazität von jährlich 4 Millionen Tonnen Rohöl. In Warschau (Warszawa), in Nova Huta bei Krakau (Kraków) und an anderen Orten wird die eisen- und stahlerzeugende Industrie weiter ausgebaut. Der Investitionsplan für die Jahre 1960 bis 1965 sieht Ausgaben in Höhe von rund 650 Milliarden Złoty vor.

Der Wiederaufbau der kriegszerstörten polnischen Großstädte ist fast abgeschlossen. Warschau (Warszawa) und Danzig (Gdańsk) dokumentieren mit ihren schönen Bauten das Geschichtsbewußtsein des neuen Polen. Die jahrhundertelange Verbindung des Landes mit dem übrigen Europa wird an diesen Städtebildern ebenso deutlich wie an den Menschen selbst, die sich ganz als Europäer fühlen.

## Was man bei einem Besuch in Polen beachten sollte

Die Polen sind überaus höfliche Menschen, man sollte deshalb nie das „Bitte“ und das „Danke“ vergessen.

Der erstaunliche Wiederaufbau des Landes ist eine gewaltige Leistung, an der die überwiegende Mehrheit des polnischen Volkes aktiv beteiligt war. Die Polen erwarten, daß der Besucher diese Leistung anerkennt.

Polen ist ein kommunistisches Land, aber sein Regime ist nicht totalitär. Die Polen kritisieren in Gesprächen offen Maßnahmen ihrer Regierung, aber sie sind empfindlich gegen politische Kritik, die von Fremden — insbesondere von Deutschen — geäußert wird. Schließlich sind die heutigen politischen Verhältnisse die Folge einer Kette von Ereignissen, die bis 1939 und noch weiter zurückreicht.

Die Oder-Neiße-Frage bildet das größte Hindernis für eine definitive Verständigung zwischen Deutschland und Polen. Die polnische Haltung in dieser Frage ist eindeutig. Gespräche darüber sind trotzdem möglich. Solche Gespräche sind aber sinnlos, wenn sie in der Absicht begonnen werden, die Vertreibung der 10 Millionen Ostdeutschen gegen die Verbrechen, die von Deutschen in Polen während der Okkupation begangen wurden, „moralisch aufzurechnen“.

Das polnisch-russische Verhältnis hat sich in der letzten Zeit wesentlich gewandelt. Die Haltung Moskaus gegenüber Polen ist klug und verständnisvoll. Seitdem Chruschtschow sich davon überzeugt hat, daß das Land unter Führung Gomułkas nicht aus dem Ostblock auszuscheren trachtet, mischt die UdSSR sich kaum in die inneren polnischen Angelegenheiten ein.

Die meisten Polen wissen, daß die deutsche Teilung eine latente Gefahr für den Frieden Europas bedeutet. Trotzdem beunruhigt sie der Gedanke an eine Wiedervereinigung Deutschlands im Hinblick auf die daraus resultierende Vergrößerung des deutschen politischen Gewichtes und der revisionistischen Tendenzen der Vertriebenenverbände.

Wer nach Polen reist, sollte sich frei machen von Illusionen und Wunschvorstellungen. Er sollte die politische Lage so sehen, wie sie wirklich ist. Polen und Deutsche leben nebeneinander in Europa. Ohne den Frieden zwischen diesen beiden Völkern gibt es keinen wirklichen Frieden in Mitteleuropa. Das schließt nicht aus, daß die deutsche Politik solange wie nur irgend möglich schmerzliche Zugeständnisse vermeidet. Aber es bedeutet auch, daß sie mit den

faktischen Veränderungen, die als Folge des zweiten Weltkrieges eingetreten sind, rechnen lernt.

Es gibt keine Möglichkeit, die territorialen Folgen des von Deutschland verschuldeten zweiten Weltkrieges zu beseitigen, ohne neues Unrecht und neue Spannungen zu schaffen. Die Völker Europas wollen keine Vergrößerung der bestehenden Spannungen, sondern eine Entspannung als Voraussetzung zur allmählichen Überwindung der bestehenden Gegensätze.

Solange sich in Europa Ost und West als Gegner gegenüberstehen, ist die Sowjetunion für Polen der einzige Partner, der die Grenzen des Landes wirksam garantiert. Weil Polen aber mehr sein will (und auch schon mehr ist) als ein Satellit Moskaus, ist es an der Entspannung in Europa und an einer Entschärfung des deutschen Problems vital interessiert.

## Zeittafel

400 v. Chr. — 400 n. Chr. Skythen, Ostgermanen und Slawen

|            |   |
|------------|---|
| 966 —      | Bekehrung zum Christentum   |
| 968        | Gründung des Bistums Gnesen   |
| 992 — 1025 | Boleslaw I. Chrobry (1024) König von Polen, Eroberung von Pommern, Danzig, Krakau, Schlesien (bis 1138, danach Zerfall des Königreichs in Herzogtümer; Verlust Schlesiens und Pommerns) |
| 1226       | Herzog Konrad I. von Masowien ruft den Deutschen Orden zur Unterstützung gegen die heidnischen Preußen (Pruzen)   |
| 1241       | Nach dem Einbruch der Mongolen (Liegnitz) Wiederaufbau des Landes durch deutsche Siedler  |
| 1320       | Wladislaw I. eint mit Hilfe des Adels Groß- und Kleinpolen (Posen und Krakau) zu einem neuen Königreich   |
| 1370       | Tod des letzten Piasten Kasimir III. der Große, räumliche Ausdehnung nach Südosten  |
| 1374       | Nachfolger des Ungarnkönigs Ludwig d. Großen gewährt dem Adel besondere Vorrechte. Ohnmacht der polnischen Könige   |

- 1386 — 1572 Die Dynastie der Jagellonen, die Litauen, Weißrußland und die Ukraine beherrscht, gewinnt auch die Herrschaft in Polen
- 1410 Sieg bei Tannenberg (Grunwald) über den Deutschen Ritterorden
- 1466 2. Thorner Friede: Der Deutschritterorden tritt Westpreußen und das Ermland an Polen ab. Der Deutschritterorden unterstellt Livland und Kurland der polnischen Krone
- 1569 Litauen polnisch („Lublinter Union“)
- 1592 — 1795 Wahlkönigtum
- 1586 — 1660 Krieg mit Schweden und Brandenburg, Frieden von Oliva; Verlust von Livland, ferner Abgabe der Lehensherrschaft über Ostpreußen an Brandenburg
- 1654 Abfall der Ukraine (unterstellt sich 1668 dem russischen Zaren)
- 1674 — 1696 König Johann Sobieski (verteidigt Wien gegen die Türken)
- 1697 — 1733 August I. der Starke, Kurfürst von Sachsen, König von Polen
- 1700 Eroberung Polens durch Karl XII.
- 1704 — 1709 Stanislaus I. Leszczyński, Gegenkönig Augusts (mit schwedischer Unterstützung)
- 1720 Anerkennung August des Starken (mit Hilfe Rußlands)
- 1733 — 1763 August II. von Sachsen, König von Polen
- 1764 — 1795 Stanislaus II. Poniatowski, letzter König von Polen
- 1773 Erste Teilung Polens (Rußland, Österreich, Preußen)
- 1793 Zweite Teilung Polens (Rußland und Preußen)
- 1795 Dritte Teilung Polens, Ende des polnischen Staates

- 1807 — 1812 Herzogtum Warschau (unter dem König von Sachsen als Vasall Napoleons)
- 1815 Königreich Polen („Kongreßpolen“) mit Rußland vereinigt (bis 1831)
- 1831, 1846, 1863 Aufstände [von Rußland, Österreich und Preußen niedergeschlagen]
- 1916 Wiederherstellung des Königreichs durch die Mittelmächte
- 1918 Friede von Brest-Litowski; Polen Republik, Jósef Piłsudski Präsident (bis 1922)
- 1919 Polen erhält Teile von Ost- und Westpreußen („Korridor“) und Vorrechte im Freistaat Danzig
- 1920 — 1921 Krieg mit der Sowjetunion, Schlacht bei Warschau; Friede von Riga (Grenzziehung im Osten; Teile Oberschlesiens zu Polen)
- 1921 Neue Verfassung
- 1923 Erwerb Ostgaliziens
- 1926 (12. Mai) Staatsstreich Piłsudskis; Diktatur
- 1929 — 1939 Mościcki Präsident
- 1934 Verfassungsreform; deutsch-polnisches Verständigungsabkommen
- 1935 (12. Mai) Piłsudski †
- 1939 Krieg mit Deutschland und der Sowjetunion (Exilregierung in London)
- 1939 — 1944 Besetzung durch deutsche Truppen („Warthegau“ an Deutschland, Rest: „Generalgouvernement“ Polen)
- 1944 Warschauer Aufstand gescheitert, provisorische kommunistische Regierung in Lublin
- 1945 (April) Vertrag mit der Sowjetunion (30jähr. Beistandspakt) „Regierung der nationalen Einheit“ in Warschau (auch von USA und Großbritannien anerkannt). Verzicht auf Ostprovinzen, Übernahme der Verwaltung in Ostdeutschland; Deutschenvertreibung

- 1947 (Februar) Kabinett Cyrankiewicz, Ende der parlamentarischen Opposition
- 1948 Kampf gegen „Titoisten“ (Gomulka), Vereinigte Arbeiterpartei
- 1950 Oder-Neiße-Linie von der DDR anerkannt
- 1952 (20. Nov.) Neue Verfassung, Staatsrat als Staatsoberhaupt, Kabinett Bierut
- 1954 2. Kabinett Cyrankiewicz; Bierut 1. Sekretär der Partei
- 1955 (1. — 14. Mai) Warschauer Beistandspakt, März Bierut †
- 1956 (28./29. Juni) Aufstand in Posen niedergeschlagen
- 1956 (Oktober) Gomulka rehabilitiert (1. Sekretär), Rücktritt Rokossowskis als Oberbefehlshaber der polnischen Armee
- 1956 (November) Moskauer Besprechungen (Garantie der Oder-Neiße-Grenze durch die UdSSR; weitere Stationierung sowjetischer Truppen in Polen)
- 1957 (März) Rapacki-Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa
- 1963 Abkommen über deutsche Handelsmission in Warschau unterzeichnet



## Literaturhinweise

- Martin Broszat „Nationalsozialistische Polenpolitik 1939 — 45“  
Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart — 1961
- Martin Broszat „200 Jahre deutsche Polenpolitik“  
München — 1963
- Hans Roos „Geschichte der polnischen Nation 1916 — 1960“  
Kohlhammer Verlag, Stuttgart — 1961
- Harald Laeuen „Polnische Tragödie“  
Steingrüben-Verlag, Stuttgart — 1955
- August Scholtis „Reise nach Polen“  
Biederstein Verlag, München — 1962
- Hansjakob Stehle „Nachbar Polen“  
S. Fischer Verlag, Frankfurt — 1963
- Genald Reitlinger „Die SS — Tragödie einer deutschen Epoche“  
Desch-Verlag, München — 1956
- Léon Poliakov — „Das Dritte Reich und die Juden“  
Josef Wulf Arani-Verlag, Berlin — 1955
- Concise Statistical Statistisches Zentralamt Warschau  
Yearbook of Poland
- 1964 „Die polnische Jugend“  
Polonia-Verlag, Warschau — 1962
- Reiseführer „Polen“  
AGPOL Werbebüro und Außenhandels-Verlag  
Warschau, 1961
- Tadeusz Borowski „Die steinerne Welt“  
Piper-Verlag, München — 1963